

Süddeutsche Zeitung

09. August 2010 , Seite 16

Oliver Geden

Mehr Sinn für Realität in der Klimapolitik

Den Konzepten von Naturwissenschaftlern und Klimaökonomien liegt zu viel Steuerungsoptimismus und Rigidität zugrunde

Seit dem gescheiterten Gipfel von Kopenhagen befindet sich die internationale Klimapolitik in einer Art Schockstarre. Zwar gehen die Verhandlungen weiter, schließlich findet der nächste Weltklimagipfel Ende November im mexikanischen Cancún statt. Doch spätestens seit dem Aus für ein US-amerikanisches Klimaschutzgesetz sind die Chancen, in den nächsten Jahren einen ehrgeizigen UN-Klimavertrag zu beschließen, auf ein Minimum gesunken. Auch bei den weltweiten Treibhausgasemissionen ist weiterhin keine Trendumkehr in Sicht. Die Wirtschaftskrise hat lediglich eine Verschnaufpause gebracht.

Es ist deshalb an der Zeit, das zentrale Ziel der europäischen und internationalen Klimapolitik kritisch auf den Prüfstand zu stellen - die Begrenzung des Temperaturanstiegs auf maximal zwei Grad Celsius. Nicht nur sinkt die Wahrscheinlichkeit, dieses Limit noch einzuhalten, mit jedem Jahr weiter. Das dem Zwei-Grad-Ziel zugrunde liegende Top-down-Paradigma trägt inzwischen auch dazu bei, dass die internationale Klimapolitik in einer Sackgasse steckt. Nicht ehrgeizige Schritte zu einer 'Dekarbonisierung' der entwickelten Volkswirtschaften stehen im Mittelpunkt der Bemühungen, sondern das Warten auf die eine große Lösung namens Weltklimavertrag.

Schon die bisherigen Treibhausgasemissionen verursachen einen Temperaturanstieg von etwa 1,5 Grad, verglichen mit dem vorindustriellen Zeitalter. Auf Basis von Modellrechnungen wird die Klimaforschung schon in den kommenden Jahren darüber urteilen können, ob die Zwei-Grad-Marke noch zu schaffen sein wird. Falls nicht, dann wird die Politik ein neues Ziel formulieren müssen. Der einfachste Weg wäre sicherlich, dem bisherigen Denkansatz treu zu bleiben und lediglich für ein neues Temperaturziel zu plädieren, beispielsweise 2,5 Grad. Aber abgesehen davon, dass sich dies gegenüber der Öffentlichkeit kaum glaubwürdig kommunizieren ließe, würde damit ein entscheidender Konflikt nur vertagt werden. Die Klimapolitik muss sich, wenn sie wirksame Veränderungen anstoßen will, stärker von der Klimaforschung emanzipieren.

Den von Naturwissenschaftlern und Klimaökonomien bevorzugten Konzepten liegt ein hohes Maß an Steuerungsoptimismus und Rigidität zugrunde, das sich mit den tatsächlich vorfindbaren Strukturen der internationalen Klimapolitik nicht vereinbaren lässt. Zwar ist es in wissenschaftlicher Perspektive durchaus sinnvoll, globale Temperaturgrenzen zu definieren. Auf dieser Basis das der Welt bis 2050 noch verbleibende 'Emissionsbudget' festzulegen und die Emissionsrechte im Rahmen eines verbindlichen Weltklimavertrags gerecht auf alle Nationen zu verteilen, wäre durchaus sachgerecht. Politikfähig ist ein solcher Ansatz jedoch nicht. Auf globaler Ebene fehlen in absehbarer Zukunft die Institutionen und Instrumente, mit denen sich ein solches Regime einrichten ließe. Nicht einmal die EU, die ihre Klimapolitik als 'wissenschaftsbasiert' bezeichnet, wird dem Budgetansatz in seiner strikten Form folgen können. Nicht nur, dass sie beim Aufstellen von Klimazielen flexibel bleiben muss, um in der Lage zu sein, die wechselnden Rahmenbedingungen internationaler Politik, die innenpolitischen Verhältnisse in den Mitgliedstaaten und die Interessen wirtschaftlicher Akteure hinreichend zu berücksichtigen. Auch wird sich die EU nicht darauf einlassen können, den Klimaschutz mittels eines strikten Budgetierungsmechanismus für die nächsten vier Dekaden als oberste politische Priorität festzuschreiben. Dies ist schon deshalb undenkbar, weil jeder neue Bericht des Weltklimarats auch Anpassungen des Emissionsbudgets zur Folge haben könnte. Planungssicherheit sieht anders aus.

Im Top-down-Ansatz richten sich die politischen Anstrengungen zuerst darauf, einen umfassenden Weltklimavertrag auszuhandeln. Anschließend muss dieser noch ratifiziert werden, was beim Kyoto-Protokoll weitere sieben Jahre in Anspruch nahm. Und selbst dann ist nicht garantiert, dass sich alle Unterzeichner auch wirklich an die Regeln halten, denn die Sanktionsmechanismen fallen meist sehr schwach aus. Die Fokussierung auf den globalen Verhandlungsprozess hat für die Regierungen den

angenehmen Nebeneffekt, dass sie stets auf die Untätigkeit der internationalen Verhandlungspartner verweisen können, die sie leider daran hindere, eine ehrgeizigere Klimapolitik zu verfolgen. Selbst die EU weigert sich mit diesem Argument, ihr für 2020 gültiges Reduktionsziel von 20 auf 30 Prozent aufzustocken. Dabei entspräche dies einer gerechten Lastenübernahme auf dem Weg zur Erreichung des Zwei-Grad-Ziels - das erst von der EU international durchgesetzt wurde.

Ein alternatives Paradigma stünde vor der Aufgabe, klimapolitischen Realismus mit einer positiven globalen Leitidee zu verbinden. Gelingen kann dies nur mit einer dynamischen Zielformel, nicht mit einer exakt kalkulierten Emissionsobergrenze. Eine Variante bestünde darin, 'Klimaneutralität' auf UN-Ebene als globales Langfristziel festzuschreiben - also anzustreben, dass der Netto-Ausstoß von Treibhausgasen auf null reduziert wird. Selbst wenn man dies zunächst noch mit einem breiten zeitlichen Zielkorridor verknüpft, wäre damit die Bewegungsrichtung gesetzt, an der sich alle Staaten messen lassen müssten.

Ambitionierten klimapolitischen Akteuren wie der EU käme in diesem Rahmen die Aufgabe zu, sich auf ehrgeizige Dekarbonisierungs-Pfade zu verpflichten. Sie müssten den Beweis antreten, dass die Transformation in 'low carbon economies' technologisch möglich und ökonomisch auch erfolgreich ist, mit positiven Effekten nicht nur für das Klima, sondern auch für Energiepreise und Versorgungssicherheit. Gelänge dies, würden andere Industrie- und Schwellenländer schon aus Eigeninteresse folgen, auch ohne Weltklimavertrag.

Ein solcher Bottom-up-Ansatz würde zu deutlichen Emissionsminderungen führen. Jedoch wäre eine treffsichere Vorhersage darüber, welchen Temperaturanstieg die Welt damit in Kauf nehmen würde, nicht möglich. Allerdings ist zu bezweifeln, dass es sich beim derzeit favorisierten Top-down-Prinzip tatsächlich anders verhält. Die klimapolitischen Anstrengungen an flexiblen Orientierungsmarken wie 'Klimaneutralität' auszurichten, wäre kurzfristig effektiver und langfristig erfolgversprechender, als an einer strikten Temperatur-Obergrenze festzuhalten, die sich im politischen Prozess ohnehin nicht realisieren lässt.

Dr. Oliver Geden ist Experte für EU-Klimapolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.